

# Neuer Finanzausgleich: CVPO für klare und faire Regeln!

## Anpassungen beim NFA II unumgänglich

**Oberwallis.** – Der neue Finanzausgleich (NFA II) regelt die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Er bildet die Basis für die zukünftige Zusammenarbeit und wird so zu einem entscheidenden Instrument der Finanzplanung der Beteiligten. Die CVPO hat in der Vernehmlassung eine klare Abgrenzung der Aufgabenbereiche, mehr Transparenz bei den Finanzströmen und verschiedene Nachbesserungen verlangt.

### Mehr Zeit für seriöse Beratung

Aus Sicht der CVPO sind die Vernehmlassungs- und die Umsetzungsfrist für ein Geschäft mit der Wichtigkeit und

thias Bregy und Bernard Vogel hat das Büro des Grossen Rates es verpasst, Gemeinden und Parlament die nötige Zeit für eine seriöse Beratung des Vorschlags einzuräumen.



### «Die Verlängerung des Härteausgleichs ist ein Muss.»

Bernard Vogel, Grossrat

Bedeutung des NFA II zu kurz. Weder eine fundierte Auseinandersetzung mit der Vernehmlassung noch eine seriöse Behandlung im Parlament sind möglich. Verstärkt wird dies noch durch den Umstand, dass vielerorts auf später zu erlassene Verordnungen verwiesen wird. Mit der Ablehnung des dringlichen Postulats der CVPO-Grossräte Philipp Mat-

**Nicht auf Kosten der Oberwalliser Gemeinden** Kernthema des NFA II ist die Entflechtung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden, die Minimierung der Finanzströme und die Senkung der administrativen Kosten. Die CVPO befürwortet diese Grundprinzipien. «Die Aufgabenteilung und Kostensenkung darf jedoch nicht einseitig

zu Lasten des Oberwallis gehen», betont Grossrat Philipp Matthias Bregy. Neu öffnen die Oberwalliser Gemeinden zwar einerseits den Gesamtfinanzausgleich mit 28 statt wie bis anhin 30 Prozent, erhalten aber andererseits nur noch 34 statt 70 Prozent. Dies ist zwar weiterhin mehr als der prozentuale Bevölkerungsanteil (27 Prozent), jedoch bedeutend weniger als vor der Revision des Finanzausgleichs. Aus diesem Grund hat die CVPO in der Vernehmlassung vom Staatsrat eine detaillierte Auskunft über die Aufgabenteilung und die nachteilige Veränderung im Oberwallis verlangt.

### Entfernung der NFA-fremden Spezialgesetze

Im Rahmen des NFA II soll aber nicht nur der neue Finanzausgleich, sondern auch eine Serie von Spezialgesetzen gere-

gelt werden. Die CVPO fordert in der Vernehmlassung die Trennung des eigentlichen Finanzausgleichs von den verschiedenen Spezialgesetzen. Gemäss Grossrat Bernard Vogel ist es «nicht seriös, wenn Staatsrat Claude Roch im

der Vernehmlassung, dass bei der Ausgestaltung des NFA II dem fairen Ausgleich unter den Gemeinden stärker Rechnung getragen wird, indem einerseits die Zentrumsgemeinden für ihre Zentrumslasten entschädigt, andererseits



### «Die Benachteiligung des Oberwallis ist kein fairer Ausgleich.»

Philipp Matthias Bregy, Grossrat

Rahmen des NFA II durch die Hintertüre die seit Jahren still stehende Schulpolitik in Gang bringen will». Aber auch in anderen Bereichen – wie beispielsweise demjenigen der Langzeitpflege – ist nicht ersichtlich, warum diese Gesetze im Rahmen des NFA II behandelt werden müssen. Soll das Gesamtpaket NFA II nicht scheitern, ist zwingend eine Entfernung der NFA-fremden Spezialgesetze notwendig.

### Verlängerung des Härteausgleichs

Der NFA II erweckt auf den ersten Blick den Anschein, dass Berg- und Talgemeinden gegeneinander ausgespielt werden. Die CVPO beantragt in

die Berggemeinden nicht übermässig belastet werden. Grossrat Bernard Vogel zu Folge «muss diesbezüglich der Härteausgleichs fonds für strukturell benachteiligte Gemeinden verlängert werden. Statt der vorgesehenen 5 bis 10 Jahre sind 20 oder 28 Jahre wie im Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen vorzusehen».

### Klare und faire Regeln

Die CVPO fordert in der Vernehmlassung klare und faire Regeln der Aufgabenteilung und der Übernahme der damit verbundenen Kosten. «Eine einseitige oder verstärkte Belastung der Gemeinden», so Grossrat Philipp Matthias

Bregy, «wie beispielsweise bei den Zentrumsgemeinden im Bereich der weiterführenden Schulen, bei den Tourismusgemeinden im Bereich der Wanderwege oder bei allen Gemeinden im Bereich der Langzeitpflege ist unfair.» Ausgleichen bedeutet solidarisch sein. Die Benachteiligung der Berggemeinden ist für die CVPO unhaltbar und unsolidarisch. Die CVPO fordert diesbezüglich eine klare Verbesserung des Vorentwurfs.

**Die detaillierte Vernehmlassung finden Sie unter: [www.cvpo.ch](http://www.cvpo.ch)**

### CVPO-Agenda

**27. Jan. 2011, 19.30 Uhr**  
Rest. Bellevue Naters  
Mitgliederversammlung;  
Parolenfassung / Informationen NFA II

**8. März 2011, 20 Uhr**  
Grünwaldsaal Brig  
Bildungsabend CVPO-  
Frauen mit Ursula Renold,  
Direktorin BBT

**31. März 2011, 19.30 Uhr**  
Pfarreizentrum Brig  
Mitgliederversammlung;  
Nomination Nationalrats-  
kandidaten



Manfred Holzer, Gemeindepräsident Naters

Ein Hauptziel des NFA II ist die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Die grösstmögliche Entscheidungsfreiheit bei Entscheidungen von lokaler Tragweite muss bei den Gemeinden bleiben. Die Gemeindeautonomie als Stütze der Demokratie und des Föderalismus ist im bisherigen Rahmen aufrechtzuerhalten.

Damit die Gemeinden ihre Autonomie und ihre finanziellen Verantwortlichkeiten wahrnehmen können, müssen alle Gemeinden über ein Minimum an Ressour-

cen verfügen. Durch den interkommunalen Finanzausgleich soll das Ressourcengefälle zwischen den Gemeinden gemildert werden, damit diese ihre Aufgaben ohne eine übermässige Steuerbelastung erfüllen können.

Die finanziellen Auswirkungen des NFA werden für die Gemeinde Naters positiv sein. Die Gemeinde Naters als bisheriger Zahler wird neu einen Beitrag aus dem Finanzausgleich beziehen und für ihre Zentrumsfunktion eine angemessene Entlastung erhalten.



Christoph Bürgin, Gemeindepräsident Zermatt

Wieso müssen sieben Tourismusgemeinden 67 Prozent in den zukünftigen Ressourcenausgleich einzahlen? Mit den vorgesehenen Berechnungen werden die Tourismusgemeinden ganz entscheidend geschwächt und heutige, zum Teil sehr gut gestellte Talgemeinden gestärkt. Ist das wirklich das Ziel des neuen Ausgleichs? Die Tourismusgemeinden erbringen heute bereits sehr viele Dienstleistungen und Infrastrukturkosten, an welchen sich der Kanton nicht beteiligt. Diese wurden überhaupt nicht oder dann

ungenügend berücksichtigt. Es sind Kosten für die Sicherheit, für die ärztliche Versorgung, für Investitionen in touristische Anlagen u.v.m.

Wenn man schon von Solidarität bei diesem Vorhaben spricht, so soll man den Ausgleich auch ganz fair und ehrlich berechnen. Dies zum weiteren Wohle des wichtigsten Wirtschaftszweiges in diesem Kanton.



Bernhard Rieder, Gemeindepräsident Kippel

### «Dr Ettru\* Finanz»

Ja zum NFA II, nein zur Version der Vernehmlassung. Was haben wir festgestellt? Sehr allgemein gesagt (mehr liegt in der kurzen Vernehmlassungszeit in Gottes Namen nicht drin): Die Geldströme scheinen dem Wasserlauf zu folgen, vom Berg ins Tal und dann das Tal hinunter. Vermeintliche Verlierer finden sich hauptsächlich bei den Berg- und Tourismusgemeinden. Aber auch viele scheinbare Gewinner haben sich in letzter Zeit mit Bedenken gemeldet. Kostenintensivere Pos-

ten wie Bildung, Sozialbereiche oder Verkehr belasten vermehrt die Gemeinden. Klar darf und muss es Veränderungen geben. Opfer jedoch nicht. Ob der Härteausgleich als Fehlerkorrekturprogramm genügt, ist aufgrund fehlender Zahlen völlig unklar und nicht zuletzt muss der NFA II absolut Fusionsneutral bleiben. Schon mein Grossvater sagte: «Niemand darf zu etwas gezwungen werden, sonst wird «Dr Ettru\* Finanz» Opfer fordern, nicht nur im Tal vom «Ettru\* Luikasch.»

\*Onkel